

### Kleine Anfrage für die Fragestunde

Hannover, den 07.12.2021

Fraktion der FDP

#### **Wagt Niedersachsen mehr Fortschritt?**

Im Koalitionsvertrag auf Bundesebene haben die daran beteiligten Parteien SPD, Bündnis 90/Die Grünen und FDP u. a. folgende Ansprüche an ihre Regierungsarbeit in der 20. Wahlperiode des Bundestages formuliert:

„Deutschland wird nur auf der Höhe der Zeit agieren können, wenn wir den Staat selbst modernisieren. Wir wollen staatliches Handeln schneller und effektiver machen und besser auf künftige Krisen vorbereiten.“

„Wir bringen eine umfassende Digitalisierung der Verwaltung voran. Es geht darum, das Leben für die Bürgerinnen und Bürger leichter zu machen. Wir werden die öffentliche Infrastruktur, öffentliche Räume und Netze modernisieren und dafür Planung, Genehmigung und Umsetzung deutlich beschleunigen. Auch die Wirtschaft soll in der Verwaltung einen Verbündeten haben.“

„In die Modernisierung des Landes muss umfassend investiert werden - privat wie öffentlich.“ Konkret ist im Koalitionsvertrag dazu vereinbart: „Um einen besseren Überblick über das öffentliche Vermögen zu erhalten und damit auch eine bessere Investitions- und Instandhaltungsplanung aufstellen zu können, wollen wir eine Vermögenserfassung des Bundes einführen. So stellen wir den Verzehr und Aufbau öffentlichen Vermögens übersichtlich dar - ein Beitrag für mehr Transparenz im Bundeshaushalt und ein Beitrag zur Generationengerechtigkeit. Gleichzeitig hilft dies der Bundesregierung und dem Parlament, bessere Investitionsentscheidungen zu treffen.“

Weiter heißt es: „Die Kraft unserer Republik liegt in der freiheitlichen Vielfalt und im demokratischen und sozialen Zusammenhalt. Sicherheit und Freiheit bedingen einander. Die Sicherheitsbehörden und ihre Beschäftigten verdienen Respekt und Unterstützung. Wir wollen ihre Strukturen und Zusammenarbeit effizienter machen. Wir verteidigen unseren Rechtsstaat und sichern den Schutz unserer Bürgerinnen und Bürger.“ Verfolgt werden soll u. a. mit folgendem Vorhaben: „Wir machen die Bekämpfung der Organisierten Kriminalität (...) zu einem Schwerpunkt unserer Sicherheitsbehörden: durch (...) eine stärkere Verankerung des Themas in der Ausbildung in den Sicherheitsbehörden, mehr Prävention und einer verbesserten Analysefähigkeit.“

An anderer Stelle bekennen sich die Parteien wie folgt: „Unsere Maxime ist eine freie Gesellschaft, in der die Gleichstellung von Frauen und Männern verwirklicht ist sowie unterschiedliche Lebensentwürfe und Biografien ihren Platz haben. Uns verbindet das Verständnis von Deutschland als vielfältige Einwanderungsgesellschaft. Um der gesellschaftlichen Wirklichkeit Rechnung zu tragen, ermöglichen wir gleichberechtigte Teilhabe und modernisieren die Rechtsnormen - vom Familienrecht bis hin zum Staatsbürgerschaftsrecht. Jeglicher Diskriminierung wirken wir entgegen.“ Im Detail wird zur Verbesserung der Teilhabe im Koalitionsvertrag vereinbart: „Wir wollen das Grundgesetz ändern, um das aktive Wahlalter für die Wahl zum Deutschen Bundestag auf 16 Jahre zu senken.“

1. Warum gibt es in Niedersachsen keine wie im Koalitionsvertrag geforderte Vermögenserfassung des Bundes, um Verzehr und Aufbau öffentlichen Vermögens transparent zu machen, und plant die Landesregierung, hier aktiv zu werden, wenn nein, warum nicht?
2. Wird die Landesregierung jetzt die Forderung der FDP-Fraktion übernehmen und umsetzen, eine gezieltere Vermittlung von Kenntnissen über rechtliche Werkzeuge im Zusammenhang mit Finanzdelikten, wie beispielsweise die Vermögensabschöpfung, in die juristische Ausbildung aufzunehmen, und wenn nein, warum nicht?

3. Unterstützt die Landesregierung die Bestrebungen, das aktive Wahlalter für die Wahl zum Deutschen Bundestag und zum Niedersächsischen Landtag auf 16 Jahre zu senken, wenn nein, warum nicht?

Christian Grascha  
Parlamentarischer Geschäftsführer